

Bürger*innenbrief

18. November 2026

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Gegen Leerstand +++ Anstieg von Hamburgs Mieten +++ Solidarität mit Spanien +++ Abschaffung der Obdachlosigkeit bis 2030 +++ Böllerciao +++ Essen in Hamburgs Kantinen +++ DB und Senat am Tiefpunkt +++ Autoritarismus-Studie +++ Wir fahren nach Berlin +++ »Recht auf Wohnen (2)« +++ Hamburgs Jüdische Geschichte



Die Stimmung nicht vermiesen lassen und sich an den Sternen erfreuen, z.B. bei einem Herbstspaziergang im Wald (Fotos: Bene Schmidt-Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

glaubt mensch den Verlautbarungen der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien haben wir das große Glück, in einer Art Reformära zu leben. Alles wird angegangen: die Rente, der Tankrabatt, die Pflegeversicherung, die innere und äußere Sicherheit. Klar, hier und da stockt es immer mal wieder und Friedrich Merz gilt als der schlechteste Kanzler ever, aber ständig hat in den letzten Tagen die Sonne geschienen und zum Spazierengehen eingeladen. Reformära? Verbesserungen für die Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung?

Seltsam, dass etliche Hiobsbotschaften das Land durchziehen: die neuesten Prognosen gehen von einer Erderwärmung von 2,7 bis 2,8 Grad bis zum Jahre 2100 aus. 90 Prozent finden zwar die Idee Demokratie gut, zwei Drittel aber hadern mit ihrer realen unzureichenden Realität. Vier von zehn Beschäftigten bezweifeln, dass sie kräftemäßig bis zum Renteneintrittsalter durchhalten, gleichzeitig soll dieses immer weiter nach hinten verschoben und der Acht-Stunden-Tag aufgeweicht werden. Laut Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2026 ist die Armutsquote auf 16,1 Prozent (= 13,3 Millionen Menschen) angewachsen, in Hamburg sogar von 16,0 Prozent im Vorjahr auf einen neuen Höchstwert von 18,9 Prozent; kein Wunder also, dass laut »Schuldneratlas« die Zahl überschuldeter Menschen in unserer Stadt auf rund 190.000 Menschen gestiegen ist, 8.000 mehr Fälle als in 2025.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Na, und dann all die »kleineren« Hamburger Headlines aus den vergangenen Wochen: »Zwölf Beratungszentren vor dem Aus« (Integration), »Kahlschlag beim Ganztag« (Schulen), »744 Stellen können nicht besetzt werden« (Bezirksämter)...

Vor diesem Hintergrund ist gar nicht so verwunderlich, dass Union und SPD auf Bundesebene das seit 20 Jahren bestehende Informationsfreiheitsgesetz und damit die Transparenz staatlichen Handelns massiv einschränken wollen. Die Bürger*innen könnten ja die falschen Fragen stellen! Vielleicht noch weniger muss es überraschen, dass etablierte Parteien und Medien in eine geradezu hysterische Kampagne verfallen sind, um aktuell vor allem die Berliner LINKE zu desavouieren und eine mögliche rot-grüne-rote Senatskoalition zu torpedieren. Die Bürger*innen könnten ja die falsche Politik unterstützen!

Ein schönes Beispiel ist die Aussage von Mathias Iken, des stellvertretenden Chefredakteurs des *Hamburger Abendblatts*: »Mit dieser radikalen und antisemitischen Linken ist kein Staat zu machen«. 37 Jahre nach Untergang der DDR »soll der Sozialismus in der früheren Hauptstadt der DDR wieder auferstehen. Die Linke hat dort mit Vergesellschaftungsfantasien die Wahl gewonnen – und SPD und Grüne in Berlin wollen ihr an die Macht verhelfen«.

Ist ja noch ein paar Jahre hin bis zur nächsten Bürgerschaftswahl in Hamburg Anfang 2030, aber wollen sich einige wie Matthias Iken, Katharina Fegebank (GRÜNE), Arne Platzbecker und Daniel Ilkhanipour (beide SPD) mit ihrer »Warnung« vor einer rot-grün-roten Stadtregierung in Berlin schon einmal rechtzeitig in Stellung bringen?

Derweil erfreuen wir uns daran, dass die Hamburger LINKE weiterhin an Mitgliedern gewinnt (mittlerweile 6.000, das sind 700 mehr als vor einem Jahr) und laut letzter Umfrage vom 30. September bei 15,9 Prozent lag, der Zuspruch von Wähler*innen also steigt.

Zu guter Letzt ein nicht ironisch gemeinter Tipp, um der gesellschaftlichen Tristesse punktuell ein paar schöne, gemeinsame Momente entgegenzusetzen und für Entspannung zu sorgen: Die Winter- und Adventsmärkte haben teilweise schon geöffnet oder werden dies in Bälde tun. Der NDR hat dankenswerterweise eine Liste mit den Märkten und ihren Öffnungszeiten zusammengestellt. Viel Spaß dabei, beim Punsch mit und ohne. Zudem: Wir melden uns im Dezember noch einmal mit einem weiteren *Bürger*innenbrief* zum Jahreswechsel.

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Kolja Rosemann,
Jens Schultz und Michael Joho



Treffen wir uns mal vorm Rathaus ...

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Hamburg auf den Straßen

Seit längerem nehmen wir hier im »Bürger*innenbrief« gleich nach den einleitenden Worten eine außerparlamentarische Aktion auf, die wir damit gerne unterstützen. Denn es passiert in dieser Stadt viel mehr, als uns insbesondere das »Abendblatt« wissen lässt. Denn wer erfährt dort etwas über die Hintergründe der Aktivitäten um das Holstenareal und die Holstenstraße, den nächsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht am Samstag, den 20. November, oder die kommende Prüfdemo am Samstag, den 12. Dezember, um 14.00 Uhr in der Innenstadt? Wir haben hier leider nicht die Möglichkeiten einer alternativen Tagesberichterstattung, aber wir können im Monatsrhythmus wenigstens auf die eine oder andere exemplarische Aktion von Initiativen, Vereinen und Organisationen hinweisen und damit unterstreichen: Sag Nein! Protest und Widerstand leben, Hamburg von unten ist engagiert und vielfältig! Sag Nein!

Dieses Mal machen wir auf eine Kundgebung gegen anhaltenden Leerstand am Mittwoch, den 18. November, in St. Georg aufmerksam. Eine Aktion, die vielleicht auch in anderen Stadtteilen umgesetzt werden könnte?

Übrigens, gerade hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen lesenswerten Artikel unter der Überschrift »Die Hoffnung ist noch auf der Straße« auf ihrer Homepage eingestellt. Daniela Sepehri weist darin an einigen internationalen Beispielen nach, inwiefern gesellschaftlicher Widerstand politische Verhältnisse verändern kann.



Kundgebungsplakat hier

Der steile Weg der Hamburger Mieten

Von Kolja Rosemann, Referent bei Heike Sudmann

Traurige Nachrichten erreichen uns: In Hamburg steigen die Angebotsmieten stärker als in allen anderen Städten in Deutschland. Das Kieler »Institut für Weltwirtschaft« hat seinen aktualisierten Mietpreisindex für das 3. Quartal 2026 veröffentlicht. Die Kaltmieten der Immobilien-Inserate zeigen, dass die Angebotsmieten in Hamburg innerhalb eines Jahres am stärksten angestiegen sind. Um 6,7 Prozent sind die Neumieten in Hamburg innerhalb eines Jahres emporgeklettert. Für alle Hamburger*innen auf der Suche nach einer neuen Wohnung werden durchschnittlich 16,50 Euro/m^2 auf-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

gerufen, eine 50-Quadratmeter-Wohnung kostet damit 825 Euro monatlich, nur für die Kaltmiete.

Ein Preis, der für viele Menschen nicht bezahlbar ist. Rentner werden angesichts der durchschnittlichen Rente in übergroßen Wohnungen verbleiben müssen, weil sie keine günstigeren kleineren Wohnungen finden, auf die Heizung im Winter verzichten oder weniger Essen einkaufen können. Paare werden sich überlegen, ob sie zusammenziehen, Familien, ob sie ein zweites Kind bekommen. Für Betroffene von Gewalt in Beziehungen fehlt das Geld, sich von Gewalttätern räumlich zu trennen.

Der Trend der hohen Mieten wird auch durch den Wegfall der Sozialwohnungen verstärkt. Bei einer Sozialwohnung ist die Miete an eine bestimmte Höhe gebunden, die sogenannte Mietpreisbindung, dafür erhält der Eigentümer Unterstützungsleistungen beim Bau oder der Instandhaltung. Die Mietpreisbindung gilt jedoch nur für eine überschaubare Zeit, etwa 20 bis 30 Jahre. Im Anschluss können Vermieter*innen die Mieten nach den gesetzlichen Vorgaben erhöhen, um bis zu 15% innerhalb von drei Jahren. Derzeit fallen immer mehr Wohnungen durch Ablauf aus der Mietpreisbindung, in 2025 sind so 4.609 Sozialwohnungen entfallen, während nur 1.953 entsprechende Wohneinheiten dazukamen. Der Bestand an bezahlbaren Wohnungen wird somit trotz aller Beteuerungen des Senats, für genügend Neubau zu sorgen, immer geringer.

Und es zeigt sich erneut: Neubau macht die Mieten nicht günstiger. Ganz im Gegenteil steigen die Mieten für neu angebotene Wohnungen in Bestandshäusern laut der Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft weniger an als neu angebotene Wohnungen in Neubauten. Die Mieten für freigewordene Neubauwohnungen sind innerhalb eines Jahres um 3,3% angestiegen, Mieten für freigewordene Wohnungen in Bestandshäusern dagegen um 3,7%. Der Neubau führt somit nicht dazu, dass die Mieten allgemein entlastet werden. Für alle, denen bezahlbarer Wohnraum am Herzen liegt, bleibt damit nur eine Erkenntnis: Mieten müssen durch staatliche Maßnahmen gesenkt werden. Wer auf den Markt wartet, der wartet darauf, dass der Bock zum Gärtner wird.

Die Lage ist aber nicht aussichtslos. Gerade in Bestandswohnungen treiben die Vermieter*innen die Mieten in der Hoffnung auf immer steigende Gewinne die Mieten nach oben. Mieten werden erhöht, es handelt sich um bewusste Entscheidungen der Vermieter*innen, nicht um eine unsichtbare Marktlogik. Ein Erfordernis für Mieterhöhungen besteht nicht, häufig werden gerade die Wohnungen mit den heftigsten Mietsteigerungen am meisten vernachlässigt. Dieser Kostenfaktor – Gier der Vermieter*innen – kann durch Regeln auf dem Wohnungsmarkt effektiv bekämpft werden. Ein Mietendeckel senkt die Mieten direkt. Schlupflöcher zu schließen bei Kündigungen und Mieterhöhungen verschafft den Mieter*innen mehr Macht im Kampf gegen Abzocke. Die Politik könnte die Vergabe von Grundstücken daran knüpfen, dass nur noch bezahlbare Wohnungen gebaut werden, statt die netten Kontakte zu Lobbyisten in den Vordergrund zu stellen. Wenn dann auch noch Großkonzerne per Vergesellschaftung durch Genossenschaften ersetzt werden, welche für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sorgen, dann werden die Probleme auf dem Wohnungsmarkt gelöst.

Von wegen Abschaffung der Obdachlosigkeit bis 2030

Von Heike Sudmann und Michael Joho

»Impulse aus Hamburg für den Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Obdachlosigkeit bis 2030«, so war ein Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN vom 5. Januar 2023 überschrieben (Drs. 22/10533 vom 4.1.2023). In dem Dokument heißt es vielversprechend: »Die Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist eine ernstzunehmende Herausforderung unserer Zeit.« Und weiter: »Vor diesem Hintergrund ist es ein sehr unterstützenswertes Anliegen, dass die Vereinten Nationen mit ihren Nachhaltigkeitszielen und auch das Europäische Parlament ihre Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, **Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden**. **Auch die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dem Ziel angeschlossen**, Obdach- und Wohnungslosigkeit mit einem nationalen Aktionsplan bis 2030 zu überwinden. Der Nationale Aktionsplan solle eine länderübergreifende Strategie sein, die auch regionale Besonderheiten berücksichtigt. **Diesem Vorhaben schließt sich Hamburg an** und ist gewillt, energisch darauf hinzuwirken, Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden.«



Aktion gegen Obdachlosigkeit und Ausgrenzung am 1. April auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (Foto: Michael Joho)

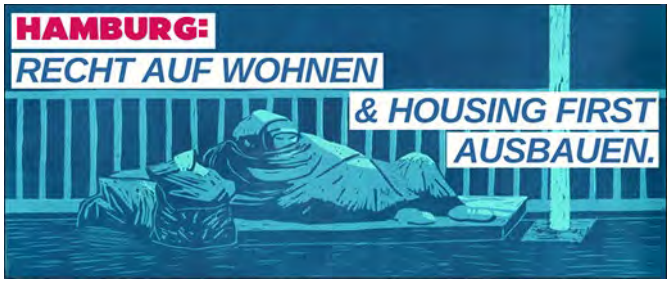
Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Den tönenden oder besser wohl: tönernen Versprechungen des rot-grünen Senats zum Trotz passiert in Hamburg de facto fast gar nichts, um dem erklärten Ziel auch nur ein Stück weit näher zu kommen, ganz im Gegenteil. Wir schreiben das Jahr 2026, fast 2027, vier Jahre nach dem o.a. Bürgerschaftsbeschluss. Quasi Halbzeit, denn es bleiben noch drei, vier Jahre Zeit, um erkennbare Fortschritte zu erreichen, geschweige denn die Ziellinie zu überschreiten.

Schauen wir uns einige Meldungen der letzten Wochen an. So wies das Straßenmagazin *Hinz&Kunzt* darauf hin, dass bis Ende Oktober 2026, also bis zum Herbst, in diesem Jahr bereits mindestens 22 Obdachlose auf Hamburgs Straßen gestorben seien. Alleine im letzten Winter 2025/26 waren es 27 Obdachlose. Doch statt die Unterbringungsbedingungen zu verbessern, verschärft der Senat sie: Seit dem zum 1. November wieder aufgenommenen Winternotprogramm gilt neuerdings die Regel, dass die Obdachlosen nach der dritten Nacht eine Sozialberatung in Anspruch nehmen oder die Notunterkunft verlassen müssen. »Damit droht aus einem niedrigschwelligen Schutzangebot ein Instrument zur Kontrolle und Ausgrenzung zu werden«, meint dazu Olga Fritzsche von der Linksfraktion.

Die Situation auf den Straßen verschlechtert sich, insbesondere auch die Bewohner*innen des Hauptbahnhofviertels St. Georg beobachten diese Entwicklung seit Jahren, insbesondere, seitdem die Szene vom Hauptbahnhof dauerhaft und massiv in den Stadtteil vertrieben wird. Und die Szene vergrößert sich, wie das *Hamburger Abendblatt* in einem längeren Artikel online vom 12. November feststellte: Zählte die Stadt 2018 noch rund 1.900 Obdachlose auf den Straßen, waren es 2024 bereits 3.787. »Hamburg ist Hotspot der Obdachlosen«, gemessen an ihrer Zahl auf die EinwohnerInnen.

Offenbar hat es seit dem Antrag von SPD und GRÜNEN vom Januar 2023 nicht nur keinerlei Fortschritt, sondern vielmehr eine dramatische Zuspitzung der Verhältnisse gegeben.



Unterschriftensammlung für die We-Act-Petition

Der Senat habe ja das *Modellprojekt* »Housing First« initiiert, in Mäuschenschritten, wie die die kürzlich abgeschlossene Evaluation nach drei Jahren ergeben hat. In diesem Zeitraum sind laut Abschlussbericht vom 16. Oktober sage und schreibe 37 Obdachlosen Wohnungen vermittelt worden. Modellprojekt hin oder her, der Bedarf war und ist jedenfalls bedeutend höher und erfordert bei offiziell knapp 4.000 Betroffenen eine ganz andere Dimension an zeitnah auf den Weg gebrachten Housing-First-Projekten.

Angesichts des Schneckentempos der letzten Jahre ist Pessimismus angesagt, eine Skepsis, die offenbar auch das Bündnis »Solidarität statt Ausgrenzung« teilt. In den vergangenen Wochen sammelte es Unterschriften unter einer Petition von »We Act«, in der gefordert wird, das »Recht auf Wohnen & Housing First aus(zu)bauen«. Am 11. November übergab die Initiative gut 7.300 Unterschriften im Rathaus und unterstrich noch einmal, dass nicht ein paar Dutzend, sondern mindestens 4.000 zusätzliche Housing-First-Wohnungen nötig seien (Quelle NDR). »So kann es nicht weitergehen«, bemängelt der Leiter der Stadtmission Axel Mangat in einem interessanten Interview. Und er meint damit sicher auch die Ignoranz gegenüber dem 40.000-fachen Phänomen der Wohnungs- und Obdachlosigkeit und den völlig mangelhaften Maßnahmen zu ihrer Überwindung.



Aktion des Bündnisses »Solidarität statt Ausgrenzung« zur Übergabe von 7.292 Unterschriften am 11. November vor dem Rathaus – in der Mitte rechts Olga Fritzsche, die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion (Foto Archiv Kollektiv)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Solidarität mit dem Generalstreik für das Recht auf Wohnraum in Spanien!

Von Florian Kasiske

»Hoch die internationale Solidarität« schallte es am Sonntag, den 8. November, durch den Park Fiction. Die Initiative »Hamburg Enteignet« hatte zu einem Solifoto für den Generalstreik in Spanien am 11. November aufgerufen.

Seit September kommt der spanische Staat nicht zur Ruhe. Hunderttausende gingen auf die Straße, nachdem die 87-jährige Maricarmen im September von der Polizei aus der Wohnung geräumt wurde, in der sie seit 1956 gelebt hatte. Ein Immobilienfonds hatte die Wohnung gekauft und die Miete von 500 auf 1.650 Euro erhöht – dreihundert Euro mehr, als ihre Rente in Höhe von 1.350 Euro hergab.[1] Hunderte Nachbar*innen und Aktivist*innen der Mieter*innenbewegung hatten sich der Räumung in den Weg gestellt. Maricarmen starb nur zwei Wochen später im Krankenhaus.

Maricarmen ist kein Einzelfall: Allein 2025 gab es in Spanien 24.500 Zwangsräumungen. 75 Prozent davon betrafen Mietwohnungen.[2] Wie in Deutschland werden Wohnungen in spanischen Großstädten zunehmend von Immobilienfonds (»Geierfonds«) aufgekauft, deren Ziel es ist, innerhalb kurzer Zeit maximale Rendite zu erzielen. Dabei treffen sie zunehmend auf Widerstand. In vielen Städten haben sich Mieter*innengewerkschaften gegründet, denen es teilweise gelingt, Zwangsräumungen zu verhindern – auch mit Blockaden. Der Fall Maricarmen löste eine Welle der Solidarität und Proteste aus und rückte die Wohnungsfrage landesweit in den Mittelpunkt. Massendemonstrationen im ganzen Land und Protestcamps auf zentralen Plätzen machten den Kampf für das Recht auf Wohnraum zu einer zentralen politischen Auseinandersetzung. Die gescheiterte Verabschiedung zweier wohnungspolitischer Dekrete im Parlament trug schließlich zur Ansetzung vorgezogener Neuwahlen bei. Die Regierung hatte zunächst zwei Gesetzespakete mit Maßnahmen für einen besseren Mieter*innenschutz auf den Weg gebracht. Vorgesehen waren unter anderem Begrenzungen der Mieten und ein verbesserter Schutz vor Zwangsräumungen für Menschen ohne alternative Unterbringungsmöglichkeit. Nachdem das Parlament die entsprechenden Dekrete abgelehnt hatte, verabschiedete die Regierung am 6. Oktober zwei überarbeitete Dekrete. Zugleich wurden Neuwahlen für den 29. November angekündigt.

Um ihren Forderungen Gewicht zu verleihen, riefen Gewerkschaften und Mieter*innenvereinigungen für den 11. November nun zum landesweiten Generalstreik auf. Die Beteiligung war enorm. In vielen Städten wie in Barcelona und Madrid kam der öffentliche Nahverkehr weitgehend zum Erliegen, Fabriken standen still. Insgesamt beteiligten sich nach Angaben von Gewerkschaften rund vier Millionen Beschäftigte am Streik. In Barcelona demonstrierten am Abend 400.000 Menschen, in Madrid 600.000.

Mit der Soli-Aktion möchte »Hamburg Enteignet« auch auf die Probleme in Hamburg aufmerksam machen. Alleine in den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben bereits 484 Hamburger Haushalte ihre Wohnung infolge einer Zwangsräumung verlassen müssen. Hält der Trend an, werden 2026 wie in den Vorjahren rund 1.000 Haushalte ihre Wohnung verlieren. Jeden Tag werden in Hamburg im Schnitt etwa drei Wohnungen zwangsgeräumt. Häufig, weil Mieten nicht bezahlt werden können. Beispiele wie der Fall Holstenstraße 197 in Altona, die Fährstraße 71 in Wilhelmsburg oder der Hofweg 88/89 auf der Uhlenhorst zeigen, wie auch hier Immobilienunternehmen immer skrupelloser agieren, während der Senat zuschaut. Deshalb braucht es auch in Deutschland endlich wirksame Maßnahmen gegen diese Machenschaften: Einen bundesweiten Mietendeckel, einen Immobilien-TÜV und die Enteignung und Vergesellschaftung großer profitorientierter Immobilienkonzerne!



Soli-Aktion von »Hamburg enteignet« am 8. November im Park Fiction (Foto: Florian Kasiske)

[1] www.elespanol.com/sociedad/20260924/confirmado-desahucio-maricarmen-anos-no-ilegal-ley-arrendamientos-urbanos-td/1003744395045_0.html.

[2] www.rosalux.de/news/id/55297/massenproteste-gegen-steigende-mieten-in-spanien.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

In Hamburg sagt man Böllerciao

Von Janine Burkhardt und Stephan Jersch

Der Jahreswechsel naht und mit ihm die alljährliche Böllerei. Was den einen leuchtende Augen beschert, ist für andere das genaue Gegenteil. Doch Silvesterfeuerwerk ist nun einmal Tradition. Und Tradition ist bekanntlich ein Argument, gegen das Vernunft, Umweltschutz und gesunder Menschenverstand nur schwer ankommen. Dass dabei Rettungskräfte, Notaufnahmen und Polizei regelmäßig Sonderschichten einlegen müssen, gehört offenbar zum traditionellen Rahmenprogramm dazu. Verbrennungen, Knalltraumata oder andere Verletzungen, die im Zusammenhang mit dem unsachgemäßen Umgang mit Feuerwerkskörper stehen, gehören mittlerweile ebenso zum Jahreswechsel wie Konfetti, Sekt und die Frage, wer eigentlich schon wieder den Raclettekäse leer gegessen hat.

Auch die Tierwelt darf sich auf den Jahreswechsel freuen. Ein besonderes Erlebnis, das dafür sorgt, dass z. B. Gänse panisch ihre Schlafplätze verlassen und kilometerweit davonfliegen, mit Energie, die ihnen für den Winter fehlt. Und unsere Haustiere verstecken sich vor Panik unterm Sofa.

Daran ließe sich etwas ändern, wenn man denn wollte. Die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hat einen Antrag eingebracht: Der Senat soll sich auf Bundesebene für ein Verbot von privatem Feuerwerk einsetzen. Gleichzeitig zeigt der Antrag Alternativen auf, etwa ein zentrales, lärmarmes Silvesterfeuerwerk als Pilotprojekt oder Drohnenshows, wie sie noch für die gescheiterte Olympiabewerbung Hamburgs möglich war. Ähnliche Veranstaltungen könnte es zukünftig dann auch in den Bezirken geben. Kommunen sollen bis zu einem Verbot die Möglichkeit erhalten, weitreichende Verbotszonen einzurichten und private Feuerwerke wirksam zu begrenzen.



Die Böllerei hat eben auch ihre Nebenwirkungen (Foto: pixabay)

Die CDU lehnt derlei Antrag ab. Schließlich feiern Millionen Menschen den Jahreswechsel friedlich und verantwortungsvoll und ein pauschales Verbot, nur weil einige wenige Feuerwerk missbrauchen, sei der falsche Weg. Nur: Auch das verantwortungsvollste Feuerwerk knallt. Und bis zum 31. Dezember werden dafür nach aktuellen Schätzungen wieder knapp 200 Millionen Euro investiert. Hinzukommen Berge aus Plastik, Pappe, Holz und anderem Feuerwerksmüll, den die Stadtreinigung Hamburg dann am Neujahrsmorgen beseitigen darf.

Die Diskussion um ein Böllerverbot ist keineswegs neu. Ein breites Bündnis aus Ärzteschaft, Polizei sowie Umweltverbänden hat sich für weitgehende Beschränkungen ausgesprochen und eine Petition hat weit über drei Millionen Unterschriften gesammelt. Die Niederlande sind da schon einen Schritt weiter: Dort gilt ein weitreichendes Verbot privaten Feuerwerks, und der kommende Jahreswechsel wird der erste sein, an dem dieses Verbot greift.

Hierzulande tut sich die Politik schwer mit der Frage, ob ein paar Minuten Knallerei tatsächlich schwerer wiegen als die Gesundheit von Menschen, der Schutz von Tieren und eine saubere Umwelt. Ein Böllerverbot sei nicht verhältnismäßig, heißt es aus dem Bundesinnenministerium. Interessant. Denn offenbar ist es verhältnismäßig, jedes Jahr die negativen Folgen in Kauf zu nehmen.

Dabei muss niemand auf einen spektakulären Jahreswechsel verzichten. Drohnenshows, Lichtinstallationen und geräuscharmes Feuerwerk zeigen längst, dass mensch auch ohne lärmende Explosionen einen beeindruckenden Himmel gestalten kann. Was es dafür braucht, ist allerdings ein bisschen politischer Mut.

Vielleicht sollten wir uns ohnehin einmal fragen, warum ausgerechnet der Jahreswechsel als Freibrief für einen kollektiven Ausnahmezustand gilt. Schließlich feiern wir den Beginn eines neuen Jahres. Da wäre es doch eigentlich ein schöner Vorsatz, etwas weniger Schaden anzurichten. Vielleicht schaffen wir es irgendwann, Silvester zu feiern, ohne dass rund um den Jahreswechsel Feuerwehr, Notaufnahmen, Stadtreinigung, Tiere und Tierhalter*innen hinterher gemeinsam den Kater ausbaden müssen. Das wäre doch tatsächlich einmal ein Grund zum Feiern ... mit 200 Millionen Euro mehr in den Haushaltskassen.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Was in Hamburgs Kantinen auf den Teller kommt

Von Jens Schultz

Tausende Essen gehen in Hamburg jeden Tag über städtische Tresen: in den Schulen und Kitas, in Kliniken, Mensen, Gefängnissen und den Kantinen der Behörden sowie öffentlichen Unternehmen. Wer so viel einkauft und kocht, kann viel bewegen – für das Klima, für den Tierschutz, für die landwirtschaftlichen Betriebe in der Region und für eine gesunde Ernährung, die sich alle leisten können. Der Senat spricht selbst von einer »erheblichen Gestaltungsmacht«. Wir wollten mit einer Großen Anfrage (Drucksache 23/5429) mit 56 Fragen »vom Acker bis zum Kantinentablett« wissen, was er daraus macht.



Mensa der HAW Hamburg, Campus Bergedorf (Foto: Jens Schultz)

Die Antworten sind leider ernüchternd: »Wird statistisch nicht erhoben«, so heißt es auf rund zwei Drittel unserer Fragen. Die 14 Anlagen zur Drucksache enthalten nur, was einzelne Einrichtungen von sich aus gemeldet haben, mal in Kilo, mal in Litern oder in Prozent. Vergleichen lässt sich das kaum. Viele Behördenkantinen, etwa bei Polizei, Feuerwehr und Bezirksämtern, tauchen gar nicht auf.

Und wo Zahlen stehen, halten sie nicht immer einer Nachrechnung stand. Die Stadtreinigung meldet, sie habe ihren Fleischverbrauch seit 2020 um etwa 35 % gesenkt. Ihre eigenen Einkaufszahlen zeigen das Gegenteil: Im Jahr 2020 wurden 21.300 kg Fleisch gekauft, 2025 waren es 29.800 – wobei aber berücksichtigt werden muss, dass mehr Portionen an eine gestiegene Beschäftigtenzahl ausgegeben wurden. Zwei Gefängnisküchen geben über Jahre exakt dieselbe Zahl an Essen an, eine davon sogar für ein Jahr, in dem sie zehn Monate geschlossen war. Da wurde offenkundig nicht gezählt, sondern gerechnet. Ausgerechnet das Personalrestaurant der Umweltbehörde, die für das Thema zuständig ist, liefert nur »grobe Schätzwerte«.

Der Senat zeichnet das Bild eines sinkenden Fleischverbrauchs. Die Geschichte stellt sich aber in den Anlagen zur Drucksache gemischt dar. In den Justizvollzugsanstalten steigt die Fleischmenge seit 2023 wieder, um rund zehn Prozent. Bei den Hamburger Energienetzen enthielten 2021 knapp 71 Prozent der Hauptmahlzeiten Fleisch, 2025 waren es fast 79 Prozent. Und mehrere städtische Unternehmen geben offen an, dass der CO_2-Fußabdruck bei ihrem Speiseplan keine Rolle spielt.

Auch bei den Vorgaben sieht es dünn aus. Der Kantinenvertrag für das Personalrestaurant der Umweltbehörde stammt von 1991, die Kantinenrichtlinie verweist noch auf das Bundesgesundheitsamt, das es seit 1994 nicht mehr gibt. Der Leitfaden für nachhaltige Beschaffung, der überwiegend vegetarische und vegane Angebote vorsieht, gilt nicht für die öffentlichen Unternehmen – also gerade nicht für viele der größten Küchen.

Die Vorgabe, dass im Schulessen je zehn Prozent Bio- und regionale Produkte stecken müssen, wird nur »auf Anforderung« nachgewiesen. Ob jemand irgendwann mal danach gefragt hat, sagt der Senat nicht. In den Kitas wird lediglich geprüft, ob es überhaupt ein warmes Mittagessen gibt. Und die Verträge mit den Caterern bleiben unter Verschluss, weil Vertraulichkeit vereinbart wurde.

Widersprüchlich wird es beim Thema Lebensmittelverschwendung. Die Weitergabe zubereiteter Speisen sei »strikt untersagt«, schreibt der Senat. Wenige Zeilen später berichten mehrere städtische Unternehmen, dass sie übrig gebliebenes Essen an Foodsaver abgeben oder am nächsten Tag erneut anbieten. Das ist vernünftig, nur passt es nicht zur Auskunft des Senats. Im Restaurant der Umweltbehörde landen die Reste derweil in der Tonne.

Besonders ärgerlich ist die soziale Schieflage. Eltern zahlen für das Schulessen heute 5,30 Euro, 2020 waren es 3,50 Euro, ein Anstieg um die Hälfte. Der städtische Zuschuss pro Portion ist zugleich von 95 auf 35 Cent geschrumpft, die Landesmittel für das Schulobst wurden halbiert. Zum Vergleich: Beim städtischen Unternehmen »Hamburg Verkehrsanlagen GmbH« (HHVA) wird jedes Kantinenessen mit 10,12 Euro bezuschusst. Gefangene werden für 3,93 Euro verpflegt, und zwar für alle Mahlzeiten am Tag.

Rund 80 Prozent der Partnerorganisationen der Tafel in Hamburg können niemanden mehr aufnehmen. Eigene Daten zur Ernährungsarmut hat der Senat nicht und »belastbare Rückschlüsse« will er aus dem Aufnahmestopp nicht ziehen.

Auch beim Blick in die Ställe ist das Wissen hinsichtlich des Tierschutzes geschrumpft. Im Jahr 2020 konnte der Senat noch sagen, in wie vielen Hamburger Betrieben Sauen im Kastenstand gehalten und Ferkel ohne Betäubung kastriert wurden. »Statistisch nicht erfasst«, heißt es dazu heute. Dabei ist die betäubungslose Kastration seit 2021 verboten. Ob das Verbot eingehalten wird, müsste die Stadt also wissen.

Dazu passt, dass die großen Linien fehlen. Das agrarpolitische Konzept ist Ende 2025 ausgelaufen, der Nachfolger soll frühestens Anfang 2027 kommen. Die Ernährungsstrategie steckt zwei Jahre nach dem Auftakt noch in der behördenin-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

ternen Abstimmung und Verbände und Öffentlichkeit sollen erst 2027 beteiligt werden. Für den Ökolandbau gibt es keine Zielzahl. Und für die rund 1,3 Millionen Euro, die seit 2017 in die Absatzförderung regionaler Produkte geflossen sind, hat niemand gemessen, was sie gebracht haben.

Der Senat lobt seine Gestaltungsmacht und kann nicht einmal sagen, was in seinen eigenen Kantinen gekocht wird. Wer nicht misst, kann auch nicht steuern. Wir bleiben dran. Zu den Widersprüchen haken wir mit weiteren Anfragen nach. Und wir fordern, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: verbindliche Vorgaben für alle städtischen Küchen, auch die der öffentlichen Unternehmen, eine Kontrolle, die den Namen verdient und ein Schulessen, das für jede Familie bezahlbar ist.



Bahn bittet ihre Fahrgäste, den Hauptbahnhof zu meiden

Verkehrsknoten platzt aus allen Nähten. Mit Durchsagen soll die Lage entschärft werden.

Deutsche Bahn und Senat am Tiefpunkt

*Nun bittet also die Deutsche Bahn darum, den Hauptbahnhof am besten gar nicht mehr zu benutzen. Zynischer und wirklichkeitsfremder geht es eigentlich nicht mehr. Die Krise ist hausgemacht und seit Jahren verschleppt. Statt den Hauptbahnhof zu entlasten und wenigstens neue U-/S-Bahn-Linien um ihn herumzuführen, wird es hier immer dichten: mehr Züge, mehr Fahrgäste, mehr Stau, und keine sp*ürbare Entlastung, über Jahre! *Auf die neueste Situation hat die Linksfraktion mit der nachfolgenden* Pressemitteilung *reagiert. Wir empfehlen zudem die Lektüre des dreiseitigen Statements von »Prellbock Altona« – die Zustandsbeschreibung der Fehlentwicklungen am Hauptbahnhof und die Forderungen zur Behebung des Verkehrschaos' sind sehr lesenswert. Wir danken der Initiative für die Möglichkeit, den Beitrag im BB zu übernehmen.*

Pressemitteilung der Hamburger Linksfraktion vom 9. November

Seit einigen Tagen werden Fahrgäste der S-Bahn per Durchsage gebeten, den Hamburger Hauptbahnhof wegen Überlastung als Umsteigepunkt zu meiden. Eine Besserung der Situation ist nicht in Sicht. Trotz des bis 2040 prognostizierten Zuwachses von aktuell 550.000 auf 750.000 Fahrgästen ist eine Erweiterung der Gleiskapazitäten in weiter Ferne. Bis heute wurde die dafür erforderliche sogenannte Knotenstudie noch nicht mal in Auftrag gegeben. Lediglich die architektonische Erweiterung des Hauptbahnhofs mit mehr Laden- und Büroflächen ist beschlossen, kommt aber auch nicht voran.

Dazu **Heike Sudmann**, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Die Deutsche Bahn fordert ihre Fahrgäste auf, den wichtigsten Umsteigepunkt in Hamburg nicht zu nutzen: Was für ein Tiefpunkt! Fehlt nur noch der Hinweis, dass die Menschen, die in Richtung Süden wollen, lieber gleich das Auto nutzen sollen. Die Bahn muss endlich tätig werden, die Knotenstudie muss schnell kommen. Die Enge auf den Bahnsteigen schwindet nicht mit der Erweiterung des Bahnhofsgebäudes!«

DIE LINKE hat im Februar 2025 eine Studie vorgelegt, die vier zusätzliche Bahnsteige auf einer neuen unteren Ebene schafft und für mehr Direktverbindungen in das Umland sorgt. Laut einem aktuellen Bericht des NDR Panorama 3 stellt die LINKEN-Idee für die DB »eine sehr ambitionierte und technisch herausfordernde Variante« dar, müsse allerdings genauer untersucht werden. Die Studie der LINKEN ist hier zu finden.

Heike Sudmann: »Der Senat muss sich entscheiden, ob er noch länger das Nichthandeln der DB akzeptieren will. Und ob er mit der geplanten U5 noch mehr Fahrgäste zum überfüllten Hauptbahnhof bringen will. Das Senatsmotto ›Augen zu und durch‹ hilft jedenfalls weder den Fahrgästen noch der Verkehrswende.«



Rückstau von den Gleisen 13/14 bis in die Wandelhalle – so sah es schon vor zweieinhalb Jahren aus (Foto vom 19.4.2024, Michael Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

VOM UBA ANERKANNTER UMWELTVERBAND

Prellbock Altona e. V.

PRESSE-INFO

Andrea Goller
prellbock_presse_AG@mail.de

Andreas Müller-Goldenstedt
prellbock_presse_amg@mail.de
0049 1781806932

Prellbock Altona e.V.
Nernstweg 34
22765 Hamburg

www.prellbock-altona.de
info@prellbock-altona.de

Für starken Umwelt- und Klimaschutz / Verkehrswende – starke Schiene für Hamburg / Für mehr Fahrgastkomfort mitten in der Stadt



© Tomas G/pixabay.com

Überfüllung am Hauptbahnhof: DB und Hamburger Politik rat-, mut-, hilf- und ideenlos

Die Überfüllung am Hauptbahnhof nimmt weiter zu. Kritische Engpasssituationen treten gehäuft am Bahnsteig 13/14 auf. Kurzfristige Abhilfe scheint nicht in Sicht.

Die Ausgangslage ist vertrackt:

- Hamburg wünscht sich den Bau der U5. Der Bau des Innenstadtabschnitts dieser Linie würde den Hauptbahnhof für die nächsten 10 Jahre in ein komplettes Chaos verwandeln. Zudem wird das Projekt mangels Finanzierbarkeit immer unwahrscheinlicher.
- Gleichzeitig wird die bevorstehende Sanierung/Erneuerung der Eisenbahn-Elbbrücken in den nächsten 10 Jahren zu massiven Verkehrsproblemen am Hauptbahnhof führen.

PM 40/2026

- Durch die geplante Verlagerung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona nach Diebsteich wird noch mehr Verkehr, besonders aus dem Hamburger Westen (Einflussbereich der S1), zum Hauptbahnhof gelenkt und verstärkt die Überfüllung dort.
- Nichtsdestotrotz wollen die Aufgabenträger HVV, NahSH und LNVG immer mehr Verkehre zum Hauptbahnhof leiten.
- Das nach einem Architekturwettbewerb vorgestellte „Erweiterungskonzept für den Hauptbahnhof" dient im Wesentlichen nur dem Neubau von Büroflächen im Umfeld des Hauptbahnhofes, jedoch nicht einer Verbesserung der Verkehrsführung oder Erweiterung der Gleisanlagen.

Prellbock fragt:

1. Wie kommen die landauf, landab genannten Passagierzahlen von 535.000 pro Tag am Hauptbahnhof zustande?
2. Von wann ist die jüngste Zählung? Gibt es eine Zahlenreihe der letzten 10 Jahre?
3. Was beinhalten diese Zahlen? Nur die Bahnreisenden? Auch die Passanten, die nur von der Innenstadt nach St. Georg wollen? Auch die Umsteiger z. B. von der U1/U3 zur U2/U4? Wie viele sind davon reines Einkaufspublikum für die Shoppingzeile in der Wandelhalle? Wie verteilen sich die Passagierzahlen auf die einzelnen Bahnsteige? Nach unserer Beobachtung sind die Passagierkonzentrationen auf den Bahnsteigen 1/ 2 und 3/ 4 (beides S-Bahn) und Gleis 13/14 (Fernbahn) am größten.
4. Gibt es eine auf aktuellen Zählungen beruhende Reisenden-/Passantenstrom-Analyse? Wurde je der Tagesgang und die Saisonalität der Passagierströme untersucht?
5. Auf welcher Basis beruht die Schätzung der DB von 750.000 Passagieren pro Tag im Jahr 2035?

Kurzfristige Maßnahmen

Da kurzfristig eine Lösung mit umfassenden baulichen Maßnahmen, wie z. B. ein Stumpfgleis 15 unter Nutzung des Atombunkers, nicht realistisch ist, schlägt Prellbock folgende kurzfristige Maßnahmen vor, gestaffelt nach dem Umfang der vorzunehmenden Investitionen:

1. Konsequente Nutzung aller Hamburger Fernbahnhöfe Altona, Dammtor, Bergedorf, Harburg, damit Reisende für den DB Fernverkehr nicht erst von den Außenbezirken zum Hauptbahnhof reisen müssen, um z. B. von Bergedorf nach Berlin oder von Harburg nach München zu kommen.
2. Durchbindung von sechs RE/RB-Linien von Kiel/Flensburg nach Bremen bzw. von Uelzen/Lüneburg nach Itzehoe. Das verhindert unnötige Umsteigevorgänge am Hauptbahnhof und entlastet die Bahnsteige.

   Diese beiden Maßnahmen sind sofort, ohne lange Vorlaufzeit und faktisch ohne Kosten zum nächsten Fahrplanwechsel umsetzbar, wenn der Wille vorhanden wäre.
3. Umstellung sämtlicher Lampen auf moderne LED-Beleuchtung. Dunkle Eckenerzeugen ein subjektives Unsicherheitsgefühl und verlangsamen daher den Passagierfluss.
4. Mit geringem Investitionsaufwand ließen sich sämtliche Treppenauf- und -abgänge mit jeweils auf- und abwärtslaufenden Rolltreppen versehen, damit der Passagierfluss beschleunigt wird.
5. Ein zusätzlicher Treppenabgang von der Altmannbrücke (hier nur Festtreppe aus Platzgründen zu den Bahnsteigen) würde die Bahnsteigbefüllung gleichmäßiger verteilen. Jeder Passagier, der nicht über den überfüllten Südsteg muss, verringert die Überfüllung dort.
6. Wiedereröffnung des bestehenden Passagiertunnels von allen Fernbahnsteigen zur U-Bahnhaltestelle der U1/U3.
7. Neubau zusätzlicher Aufzüge von allen Bahnsteigen zum Südsteg. Dies geht räumlich zulasten der Imbissbuden, auf die aus Gründen der Platzökonomie auch verzichtet werden kann.

Heike Sudmann (Tel. 040/ 428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

8. Verbreiterung des Bahnsteigs Gleis 13/14 nach jeder Seite um rund einen Meter zulasten der nicht mehr benötigten Gepäckbahnsteige.
9. Größere Investitionsmaßnahmen, die sich erst in einigen Jahren realisieren lassen, würden zu einer Optimierung der Betriebsführung am Hauptbahnhof beitragen und dadurch die Überfüllung auf einzelnen Bahnsteigen reduzieren. Das wären:

   - Bau eines neuen Bahnsteigs mit 2 Kanten am Dammtorbahnhof auf der Seite des Dag-Hammarskjöld-Platzes,
   - Bau eines zusätzlichen Gleises von der Brücke Rentzelstraße zum Dammtorbahnhof,
   - Bau eines zusätzlichen Einfahrgleises von der Lombardsbrücke nach Gleis 13/14 Hbf.,
   - Bau eines Überwerfungsbauwerks am Südkopf des Hbf., um die Gleisbelegung zu flexibilisieren,
   - Bau eines zusätzlichen Bahnsteiges auf dem Durchfahrtgleis 9.

Prellbock Altona fordert:

- die DB und die Hamburger Politik auf zu erklären, ob und wann die vorgenannten Maßnahmen realisiert werden können. Bisher ist immer nur zu hören, was, warum und wie nicht geht.
- die Erstellung eines Sofortmaßnahmenkatalogs, unterlegt mit Finanzierungszusagen und Realisierungszeiträumen. Es kann nicht sein, dass der Einbau von vier zusätzlichen Festtreppen von den Bahnsteigen zur Steintordammbrücke am Hauptbahnhof wie geschehen mehr als drei Jahre gedauert hat.
- die Sanierung und Modernisierung der bestehenden Fernbahnhöfe (Altona, Dammtor, Bergedorf und Harburg) in Hamburg, damit diese mit ihrer Reservekapazität einen wirkungsvollen Beitrag zur Entlastung des Hauptbahnhofes leisten können.

Dazu Michael Jung, Sprecher von Prellbock Altona e. V.:

„Die zum Teil lebensgefährliche Überfüllung auf dem Südsteg und auf einzelnen Bahnsteigen des Hauptbahnhofs verlangt nach raschen und pragmatischen sowie schnell umsetzbaren Lösungen. Die Zeiten, in denen mit Scheinaktivitäten und aufwendigen Architekturwettbewerben von den wahren Problemen abgelenkt werden konnte, sollten vorbei sein. DB, die Hamburger Politik und die Aufgabenträger sind jetzt gefordert, sich an einem runden Tisch zusammenzusetzen und die vorgeschlagenen kleinteiligen Maßnahmen, die ja keineswegs einen späteren größeren Umbau des Hauptbahnhofes ausschließen, schnellstmöglich umzusetzen. Es darf nicht weiter wie in den vergangenen Jahren Zeit mit hochfliegenden Plänen, aber faktischem Nichtstun vergeudet werden. Hamburg braucht einen gut und reibungslos funktionierenden Hauptbahnhof, der zuerst den Bedürfnissen der Bahnreisenden und nicht der Immobilienwirtschaft gerecht wird.“

info@prellbock-altona.de **www.prellbock-altona.de**

Panorama-Bericht zur Hbf-Überfüllung
https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/hamburg-ein-bahnhof-am-limit,panoramadrei-468.html

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

»Staatsschutz« oder Wie gut schützt der Rechtsstaat vor rechter Gewalt?

Einladung zur Filmvorführung und Diskussion

Wie gut schützt der Rechtsstaat vor rechter Gewalt? Darum geht es im Spielfilm »Staatsschutz« (Kinostart August 2026). Die Staatsanwältin Seyo Kim wird selbst Opfer eines rassistischen Angriffs. Als Nebenklägerin erlebt sie, dass die Neonazi-Verbindungen des Angeklagten kaum ermittelt werden, und stößt in der Justiz auf institutionellen Rassismus. Als queere Frau ist sie zudem mehrfach diskriminiert.

Der Film zeigt, wie Diskriminierungsformen zusammenwirken, und greift die Darstellung rechter Taten als »Einzelfälle« auf. Die Handlung ist fiktiv, bezieht sich aber auf reale Ereignisse auch in Hamburg: Am 27. Juni 2001 ermordete der NSU in Altona Süleyman Taşköprü. Die Behörden ignorierten Hinweise auf einen rechtsextremen Hintergrund und verdächtigten lange die Familie des Opfers. Hamburg ist das einzige Bundesland mit NSU-Morden, das keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Behördenversagen eingerichtet hat.

Wie lassen sich rechte Strukturen erkennen und Betroffene besser schützen? Darüber diskutieren wir nach dem Film mit unserem innenpolitischen Sprecher Deniz Celik.

Mittwoch, 9. Dezember, 19.00 Uhr
Magazin-Kino, Fiefstücken 8a
Eintritt frei! Keine Anmeldung erforderlich.



Filmplakat

»Völkische Einheitspartei, aber keine Diktatur?«

Mit dieser nicht eben beruhigenden Überschrift lädt Justus von Daniels – der Chefredakteur der investigativen correctiv-Journalist*innengruppe – ein zur Lektüre seines Artikels über die Mitte November vorgelegte »Autoritarismus-Studie«. Zum wiederholten Male seit 2002 legt damit eine Gruppe von Leipziger Wissenschaftler*innen eine Studie zum Thema Bevölkerungsstimmungen und Rechtsentwicklung vor. »Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären« ist sie überschrieben. Die 230-seitige Untersuchung, basierend auf repräsentativen Umfragen, lässt tief blicken in den Bewusstseinsstand der Deutschen.

Das Hauptergebnis ist in den letzten Tagen vielfach in der Presse kommentiert worden, in so manchem Medium, das selbst maßgeblich dazu beigetragen hat: Zwar halten 90 Prozent der Befragten Demokratie für eine gute Staatsform, aber nur noch rund ein Drittel ist damit zufrieden, wie die Demokratie funktioniert. »Das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Erfassung im Jahr 2002«, meldet der »Deutschlandfunk«. »Besonders hoch ist die Unzufriedenheit im Osten. Die politische Stimmung ist laut der Studie von Nostalgie, Wut und autoritären Sehnsüchten geprägt. So befürworten rund 23 Prozent der Befragten eine einzige starke Partei. Auch rechtsextreme und antisemitische Einstellungen werden häufiger geäußert«. Auf der folgenden Seite haben wir die Umfrageergebnisse zu rechtsextremen Einstellungen abgedruckt.



Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Tabelle 2: Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Zustimmung auf Item-Ebene (in %)

	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Rechtsextremismus	1	2	3	4	5
1. Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	58,7	18,7	16,8	4,5	1,3
2. Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	58,6	17,1	17	5,5	1,7
3. Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	35,5	17	24,3	15,3	7,9
4. Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	52,4	17,6	18,7	7,4	3,9
5. Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	48,5	22,2	20,2	6,8	2,3
6. Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	21,2	16,4	30,2	18,9	13,4
7. Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	41,9	20,8	21,7	10,2	5,4
8. Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	20,1	14,2	27,2	22,5	16
9. Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	49,3	21,2	20	7,4	2,2
10. Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	32,3	22,3	24,4	11,9	9,1
11. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	55	21,2	16,2	5,4	2,2
12. Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	26,3	19,4	25,8	18	10,5
13. Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	49,1	21,3	19,6	6,1	3,9
14. Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	31,6	18,6	26	15,7	8,2
15. Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	65,1	13,8	12,9	5,4	2,8
16. Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	23,9	16,8	24,4	19,7	15,2
17. Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	51	20	19	6,2	3,9
18. Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	55,2	19,1	19,1	4,4	2,3

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Tipps & Termine

Wenn es nicht so traurig wäre und wütend machte … Der Hamburger AfD-Fraktionsvorsitzende Dirk Nockemann entblödete sich nicht, in der klimapolitischen Bürgerschaftsdebatte am 11. November von »irrationaler Klimahysterie« zu labern und kategorisch zu erklären – ganz der kleine Trump vor Ort – »Es wird diesen Hitzetod nicht geben« (siehe NDR). Gleichzeitig überschlugen sich die Hiobsbotschaften angesichts neuer Berechnungen zur voranschreitenden Erderwärmung. Kurz vor Beginn der Weltklimakonferenz (COP31) am 9. November im türkischen Antalya hatten zwei bedeutende Institutionen ihre neuesten Prognosen auf wissenschaftlicher Grundlage veröffentlicht. Das Wissenschaftsportal Climate Action Tracker (CA) geht mittlerweile von einer **Klimaerwärmung von 2,7 Grad Celsius bis 2100** aus, das UN-Umweltprogramm Unep nimmt **sogar den Wert von 2,8 Grad** an (taz online vom 12.11.). Kein Wunder, denn die weltweiten CO_2-Emissionen steigen und die Ölkonzerne bleiben auf Expansionskurs, wie die dpa am 10. November meldete. Kein Wunder auch, wenn die führende Industrie- und nun auch wieder Militärmacht Deutschland ihre klimapolitischen Bemühungen zurücknimmt und ihr Kanzler der COP31 fernbleibt und seinen Geburtstag lieber beim Italiener um die Ecke feiert.



Auf der Demo »Fridays for Future« am 13. November (Foto Archiv Kollektiv)

Soeben erschienen ist die neue **Backbord**, die halbjährlich erscheinende **Zeitung der hamburgischen Linksfraktion**. Auf acht prall gefüllten Seiten gibt es Infos und Einschätzungen zu den anstehenden Kaputtkürzungen in verschiedenen Bereichen und unsinnigen Verschleuderungen durch den Senat sowie zu den finanzpolitischen Alternativen der LINKEN. Außerdem geht um die Klimapolitik, einen überfälligen Mietendeckel und die Stärkung der Volksgesetzgebung. Wen's interessiert, entweder Ausschau halten in den einschlägigen Einrichtungen oder im Netz.



Die Titelseite der neuen *Backbord*-Ausgabe, die bis zum nächsten Jahr reichen muss.

Inzwischen umfasst die **Podcast-Folge »Hyperpolitik«** 13 Folgen mit Ines Schwerdtner. Die einzelnen Sendungen haben eine Länge von wenigen Minuten bis zu maximal einer Stunde und widmen sich verschiedenen, gerade aktuellen Fragen. In der neuesten Folge vom 20. Oktober beschäftigt sich die Co-Vorsitzenden der LINKEN mit dem massiven medialen Sturm gegen DIE LINKNE in Berlin und linke Politik insgesamt. Außerdem geht sie den Ursachen sozialer Proteste in Frankreich und anderen Ländern auf den Grund. Warum bringen kaputte Schultoiletten in



28 Minuten mit O-Ton von Ines Schwerdtner zu aktuellen Fragen

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Frankreich oder die Verdrängung einer älteren Frau aus ihrer Wohnung in Spanien so viele Menschen auf die Straße? Und was hat das mit der Frage zu tun, wie bezahlbar unser Leben noch ist? Der Podcast von Hyperpolitik lässt sich auch abonnieren.

So könnte Vergesellschaftung umgesetzt werden. Mit diesen Worten übertitelt die Hans-Böckler-Stiftung in ihrem **Böckler Impuls 16/2026** vom 8. Oktober einen Artikel, in dem der Nachweis erbracht wird, dass die Überführung großer Wohnungsbestände in Berliner Gemeineigentum zwar keinen Neubau generieren, aber die Mieten positiv beeinflussen, also deckeln würde. Damit könnte eine Strategie für bezahlbare Mieten ergänzt werden.

Überhaupt, Vergesellschaftung, sagen wir beispielsweise von Wohnungen großer Wohnungskonzerne. Im Grundgesetz, Artikel 15, heißt es: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« Demgegenüber hatte der von der Bundesbauministerin **Verena Hubertz (SPD)** flankierte Bundesinnenminister **Alexander Dobrindt (CSU)** Ende Oktober schon mal angekündigt, ein **Gesetz zum Verbot der Vergesellschaftung von Wohnraum großer Unternehmen** zu erlassen. Rechtzeitig, bevor in Berlin ein etwaiger rot-grün-roter Senat eben diesen an die seit Jahren überbordende Rendite geht. Dobrindts O-Ton in einem BILD-Interview: »Wir werden in einem Investitionsschutzgesetz deutlich machen, dass willkürlicher linker Vergesellschaftungs-Fetisch mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist« (Quelle Tagesschau).

CSU und SPD legen in Sachen **Vergesellschaftung** in trauter Regierungseintracht also Hand an unsere Verfassung. Klar, es geht ja auch um das Allerheiligste, das Profite abwerfende Eigentum von großen Wohnungskonzernen. Aber wir erleben ja noch mehr Eingriffe in das bundesdeutsche Rechtssystem, z. B. die am 13. November beschlossene **»Reformierung« des Nachrichtendienstrechts**. Danach können der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz u. a. nun auch in Wohnungen eindringen und Ausspähsoftware installieren, Maßnahmen, die bisher der Polizei vorbehalten waren. Dadurch vermischen sich zunehmend die Unterschiede zwischen Geheimdienst und Polizei, die ja als Konsequenz aus der NS-Zeit bisher getrennte Möglichkeiten hatten. Nehmen wir noch ein drittes Beispiel aus Hamburg, die **Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz**, als Vorstufe für ein späteres Berufsverbot.

Seit Inkrafttreten des Landesgesetzes zum 1. August 2026 sind alleine im ersten Monat 4.049 solcher Anfragen zur Verfassungstreue der Kandidat*innen für den Öffentlichen Dienst beim Landesamt eingegangen. »Erste Fälle von Islamismus und Linksextremismus entdeckt«, titelte »die Welt« am 25. September. Anders formuliert: Die ersten Berufsverbote zeichnen sich ab. Zurück zu den 1970er Jahren, zur Regelanfrage, zu Berufsverboten und der um sich greifenden Angst, bei einer Demo ertappt, ein doppeldeutiges Telefonat geführt oder eine missliebige Unterschriftensammlung (bald vielleicht für eine Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen?) unterzeichnet zu haben.

Jüngst ist eine Stelle zur **Beratung gegen Berufsverbote** geschaffen worden. Verantwortlich zeichnet Malte Klingforth, c/o ver.di, Besenbinderhof 60. Diese Stelle führt **jeden 1. Dienstag und 3. Donnerstag im Monat** von 18.00 bis 20.00 in der Schopstraße 1 eine Beratungszeit durch. Kontakt kann per E-Mail oder telefonisch unter 0177/705 85 60 aufgenommen werden.

Im Dezember 2024 startete DIE LINKE bundesweit ihre **Heizkostenchecks**. Tausende Menschen haben darüber seitdem ihre Heizkosten-Abrechnungen überprüfen lassen. Das Ergebnis ist bedrückend, wie Ines Koburger, die Kampagnenleiterin in der Bundesgeschäftsstelle, in einem Interview am 23. Oktober bilanzierte: **»Der Anteil fehlerhafter Abrechnungen, die wir eindeutig prüfen können, liegt bei etwa 25 Prozent.«** Paradebeispiel für die positive Wirkung ist Frankfurt, dort konnten rund 60.000 Euro für die Mieter*innen zurückgewonnen werden. Mehr zum Heizkostencheck hier. Für so manche*n Mieter*in dürfte sich ein solcher Heizkostencheck also lohnen, umso mehr, falls die zu Jahresanfang 2027 vereinbarte Stromsteuersenkung nun doch nicht kommt.



»Aus Angst vor der Rechnung drehen viele ihre Heizung runter« (Foto: Pixabay), heißt es auf der Website der LINKEN.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Eine urige Idee für Hamburg hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) entwickelt. Am **Samstag, den 21. November**, lädt er zum **Tag des offenen Heizungskellers** ein. »Wer überlegt, eine Wärmepumpe zu installieren, kann direkt mit Menschen sprechen, die bereits klimafreundlich heizen. Die Gastgeber berichten aus eigener Erfahrung: Was hat es gekostet? Wie viel Platz ist nötig? Was musste umgebaut werden?« Alleine in Hamburg sind derzeit schon 41 Heizungskeller in die Aktion einbezogen. Die teilnehmenden Standorte und die Anmeldetermine für einen Besuchstermin gibt es hier.

Die Schura, der Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg, lädt ebenfalls für **Samstag, den 21. November**, in die Berufliche Schule Anckelmannstraße 10 ein zu ihrer 3. Frauenkonferenz im Rahmen der diesjährigen Islam-Wochen. Das Motto trägt den Titel **Frauen.Gestalten.Zukunft. Neue Allianzen zur Stärkung vielfältiger Partizipation von Frauen in Hamburg**. Das Tagesprogramm erstreckt sich von 9.30 bis 17.30 Uhr und sieht eine Podiumsdiskussion mit Özlem Nas (Schura), Aydan Özoğuz (SPD-Bundestagsabgeordnete) und Sophie Donges (NDR), eine Arbeitsgruppen-Phase und einen »Gallery Walk zu den Ergebnissen aus den Erlebniswelten und den Arbeitsgruppen« vor. Hier weitere Infos.



Ankündigungsplakat

Wien ist fesch?! In Wien sind die Mieten nicht so hoch wie in anderen europäischen Städten, konstatiert die Initiative »Hamburg enteignet«. Woran das liegt, wie es mit der **sozialen Mietenpolitik** in der österreichischen Bundeshauptstadt bestellt ist und was wir vor Ort daraus lernen können, darum geht es auf einer Veranstaltung am **Montag, den 23. November**, ab 19.00 Uhr in der Möwe (Suzanne-von-Paczenski-Straße 4).



Im Rahmen der Vortragsreihe des Forschungsinstituts für Zeitgeschichte Hamburg (FZH) Pop, Protest und Privileg. Jugend seit den 1980er Jahren geht es am **Donnerstag, den 26. November**, um das Thema **Von Springerstiefeln zu Tiktok-Feeds. Radikal rechte Jugendkulturen im Wandel**. Wir erinnern uns noch an die jungen Männer in ihren Bomberjacken, die Aushängeschilder der extremen Rechten in den achtziger und neunziger Jahren. Über die Ursachen dieses Milieus und die Auswirkungen rechter Gewalt in Ost und West diskutieren ab 18.30 Uhr in den Räumen der FZH (Beim Schlump 83) Daniel Gerster von der Forschungsstelle und Laura Haßler von der Universität Greifswald. Nina Mackert von der Uni Hamburg moderiert.

Die beiden Bundestagsparlamentarierinnen Kathrin Gebel und Cansu Özdemir laden für **Freitag, den 27. November**, nach **Berlin** ein, genauer, in den Deutschen Bundestag

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg



(Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101). Dort findet der von ihnen und ihren Mitarbeiter*innen der Linksfraktion organisierte **Internationale Gipfel gegen Femizide und patriarchale Gewalt** statt. **Voices against Femicide** eröffnet den internationalen Austausch zwischen Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen. »Wir wollen uns vernetzen, voneinander lernen und feministische Widerstandsstrategien sichtbar machen«, heißt es im Aufruf. Den und weitere Infos hier.

Protestkundgebung gegen die erzwungene Schließung von 12 Integrationszentren
Veranstaltet von der Initiative unkürzbar
mit Unterstützung der GEW



Die Sozialgerechte Wärmewende in Hamburg: (Wie) schaffen wir das? Diese sicherlich nicht nur rhetorisch gemeinte Frage will der Zukunftsrat Hamburg auf einer Veranstaltung am **Montag, den 7. Dezember**, ab 18.30 Uhr in der Aula der HAW (Berliner Tor 21) beantworten. Nach einem Impulsvortrag von Tanja Loitz (Co2online gGmbh Berlin) wird sie ihre Thesen mit Jan Bornemann (Verbraucherzentrale), Dr. Rolf Bosse (Mieterverein) und jemandem Angefragten von den Hamburger Energiewerken diskutieren. Die Moderation obliegt Marko Lohmann (Baugenossenschaft Bergedorf-Bille).

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Wir fahren nach Berlin, nach Berlin!
Der Deutsche Bundestag, Jan van Aken und umzu

Von Michael Joho

Nach langer Pause – die letzte, im »Bürger*innenbrief« angekündigte Exkursion dieser Art fand vor der Coronaepidemie 2020 statt – laden wir wieder ein zu einer zweitägigen Fahrt nach Berlin. Hintergrund: Alle Parlamentarier*innen haben ein gewisses Kontingent, Interessierte aus dem heimischen Wahlkreis in die Hauptstadt einzuladen. Und so hat der linke Bundestagsabgeordnete Jan van Aken in Absprache mit Heike Sudmann eine solche Einladung für den **3./4. März 2027** ermöglicht. Aus dem Hamburger Hauptbahnhof wird am Montag gegen 8.00 Uhr gestartet, die Rückkehr ab Berlin folgt am darauffolgenden Tag um ca. 19.00 Uhr. Dazwischen liegen die beiden, je zweistündigen Bahnfahrten und ein anderthalbtägiges Programm in Berlin. Fest steht zum jetzigen Zeitpunkt bereits die zeitweilige Teilnahme an einer Plenardebatte und ein anschließendes Gespräch mit Jan van Aken. Weitere politische und kulturelle Programmpunkte werden in den nächsten Wochen entwickelt und mit dem zuständigen Bundespresseamt abgestimmt. Denn das übernimmt die Fahrt-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten, wobei im Einzelfall vielleicht noch ein Museumsbesuch selbst bezahlt werden muss. Wir bemühen uns, wie schon vor nahezu zehn Jahren, auch um Verabredungen mit stadtentwicklungs- und wohnungspolitisch interessanten Personen und Einrichtungen.

Die Plätze sind begrenzt, wer sich jetzt schon entscheidet, steht ganz oben auf der Liste. Bitte beachten, dass es sich bei dem 3./4. März 2027 um zwei Werk- und damit für den einen oder die andere um reguläre Arbeitstage handelt. Es müsste also Urlaub genommen werden. Interessierte melden sich bitte bei mir per E-Mail an Michael.Joho@linksfraktion-hamburg.de unter Angabe von Namen und Wohnanschrift, Mailadresse und Mobil- oder Telefonnummer. Weitere Informationen folgen dann.



Die neugewählte Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus (von der Homepage der Fraktion)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Berlin auf dem Weg zum links-grün-linken Senat

Und wir sind dabei, denn der Weg unserer jüngeren, aber doppelt so großen Schwester in Berlin liegt uns am Herzen. Dort zeigt sich beispielhaft, wie DIE LINKE Wähler*innen und Anerkennung gewinnen kann, die mit knapp 20.000 Mitgliedern stärkste Partei in der Stadt ist sie eh schon. Und da sich die CDU mit konservativen Sozialdemokrat*innen zu einer bundesweiten anti-linken Kampagne zusammengefunden haben, *Spiegel* und *Abendblatt* fast schon geifernde Stimmlagen anschlagen, sehen wir es als unsere Aufgabe an, wenigstens den einen oder anderen O-Ton aus Berlin zu dokumentieren. Schließlich geht es um nichts weniger als um Erfahrungen zu sammeln und Weichenstellungen zu treffen für eine soziale, umwelt- und klimagerechte Metropolenpolitik, perspektivisch auch in Hamburg.

Am 8. Oktober verabschiedeten die Berliner Parteispitzen der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD unter der Überschrift »Mehr gemeinsam, mehr Berlin« ein erstes »Sondierungsergebnis«. Darin sind inhaltliche Kernpunkte genannt, die in einer möglichen rot-grün-roten Koalition in den kommenden Jahren angegangen werden sollen: bezahlbare Mieten, Neubau von günstigen Wohnungen, Vergesellschaftung von privaten Konzernen mit mehr als 10.000 Wohneinheiten, Klimaneutralität und -anpassung, Energie- und Mobilitätswende, Innovationsmetropole mit neuen Arbeitsplätzen, gute Arbeitsbedingungen, Familienfreundlichkeit, eine sichere Stadt, Kampf gegen Diskriminierung usw. Das vollständige, 25 Seiten umfassende Sondierungspapier gibt es unter



Titel des Sondierungspapiers von Rot-Grün-Rot in Berlin vom 8. Oktober

Dieses Papier hat zwei Anlagen, von denen die erste besonders viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erfahren hat: eine gemeinsame Erklärung zum Antisemitismus. Nachfolgend nehmen wir dieses Anlagendokument auf, das mit dazu beigetragen hat, die Koalitionsgespräche zwischen LINKEN, GRÜNEN und SPD auf den Weg zu bringen.

Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin

Anlage 1

1. Berlin gemeinsam

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen sicher leben und ihren Glauben und ihre Zugehörigkeit offen zeigen können. Aufgrund unserer Geschichte tragen wir eine besondere Verantwortung zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Wir schützen jüdisches Leben, stärken das Miteinander und setzen uns für Frieden und Verständigung ein. Berlin braucht eine Politik, die unsere Stadt wieder zusammenführt. Die Mitglieder des Senats sowie die Mandats- und Funktionsträger:innen unserer Fraktionen und Parteien tragen dafür eine besondere Verantwortung. Sie stehen für eine Stadt, in der Gewalt und Terror weder verherrlicht noch relativiert werden, in der das Existenzrecht Israels nicht in Frage gestellt wird und in der jegliche Form von Antisemitismus keinen Platz hat. Alle, die für uns Verantwortung übernehmen, garantieren das – sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat.

2. Erinnerung wachhalten

Berlin übernimmt Verantwortung für die von Deutschland begangene Verfolgung, Entrechtung und Ermordung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden in der Shoah. Wir halten die Erinnerung daran wach, machen jüdische Berliner Lebensgeschichten in Gedenkstätten, Bildungsorten und den Kiezen sichtbar und bewahren sie für kommende Generationen.

3. Jüdisches Leben in der Gegenwart stärken

In Berlin müssen Jüdinnen und Juden ihre Religion, Sprache und Zugehörigkeit sicher, sichtbar und selbstbestimmt leben können. Wir stärken und schützen Einrichtungen, fördern jüdische Gemeinden, Initiativen, Kultur, Wissenschaft und religiöse Praxis. Jüdische Räume, Schulen und Kitas, Gemeinderäume, Kulturzentren und Begegnungsorte sollen

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

verlässlich unterstützt werden. Wir machen jüdische Orte und Feste im Alltag und im öffentlichen Stadtraum sichtbar und berücksichtigen jüdische Feiertage und Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen. Jüdische Menschen müssen sich genauso selbstverständlich überall im öffentlichen Raum bewegen können wie alle anderen auch. Wir stellen uns gegen ein Klima, in dem Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen politischen Haltung oder Herkunft ausgegrenzt werden. Einlassverbote, Ausladungen oder Parolen wie »No Zionists welcome« an Bars, Clubs und anderen öffentlichen Orten sind inakzeptabel. Sie stigmatisieren Menschen als unerwünscht, erzeugen Einschüchterung und tragen zur Spaltung bei.

Wir stärken außerdem den internationalen Austausch sowie die Förderung jüdischer und israelischer Studierender und Kulturschaffender. Bestehende wissenschaftliche Kooperationen zwischen Berliner und israelischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden von uns fortgeführt.

4. Antisemitismus bekämpfen

Wir treten Gewalt, Hetze, Verschwörungserzählungen sowie der Leugnung und Relativierung der Shoah entschieden entgegen. Israelbezogenen Antisemitismus benennen wir klar. Generelle Boykott- und undifferenzierte Sanktionsaufrufe gegen Israel, israelische Institutionen oder Personen allein aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, Herkunft oder Zugehörigkeit, wie die BDS-Kampagne, lehnen wir ab.

Wir stärken die Polizei und den Verfassungsschutz in ihrem Auftrag, jüdisches Leben in Berlin zu schützen. Sie erhalten die erforderliche Ausstattung und Fachkompetenz, um antisemitische Straftaten und Gefährdungen frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Den physischen Schutz jüdischer Einrichtungen und Gemeinden gewährleisten wir verlässlich und dauerhaft auf hohem Niveau. Die bestehenden Schutzmaßnahmen überprüfen wir kontinuierlich auf Grundlage der jeweiligen Gefährdungslage und verstärken sie, wo erforderlich, personell, technisch und baulich, damit Jüdinnen und Juden in Berlin sicher leben können.

5. Das Existenzrecht Israels

ist für uns unverhandelbar. Das Massaker der Hamas und anderer terroristischer Gruppen vom 7. Oktober 2023 verurteilen wir unmissverständlich. Bis heute leiden Menschen sowohl in Israel als auch ihre Angehörigen in Berlin unter der Angst vor Angriffen. Auch berechtigte Kritik an Handlungen der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung rechtfertigt keine antisemitischen Handlungen.

Wir stehen für eine Zwei-Staaten-Lösung, die sowohl Israels Sicherheit als auch die Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung ermöglicht. Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte benennen wir klar. Wir sehen das Leid, die Not und die Zerstörung, denen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza und der West Bank ausgesetzt ist. Auch in Berlin prägen die Angst um Angehörige und verhärtete Debatten das Zusammenleben.

6. Verantwortung verbindlich machen

Wir stärken Prävention, Bildung, Beratung, Dokumentation und Strafverfolgung. Jüdische Selbstorganisationen und Begegnungsprojekte fördern wir dauerhaft. Die Antisemitismusprävention stärken wir in Schulen, in der Lehrkräftefortbildung und in der Jugendarbeit. Berliner Gedenkorte und Erinnerungsprojekte finanzieren wir dauerhaft. Wir bauen Beratungs-, Aufklärungs- und Meldestrukturen aus, damit Betroffene Unterstützung erhalten, antisemitische Vorfälle sichtbar werden und wir ihnen wirksam begegnen können.

Wir stellen Schutzkonzepte an allen Berliner Hochschulen und Beratung für jüdische Studierende sicher. Wir erwarten, dass sie das Hausrecht konsequent anwenden und wahren dabei die Wissenschaftsfreiheit. Die im Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention festgelegte Arbeitsgrundlage behält ihre Gültigkeit. Sie bleibt Maßstab für das Verwaltungshandeln und ist im Einzelfall grundrechts- und kontextsensibel anzuwenden.

Außenpolitik ist Sache des Bundes. Die Parteien verständigen sich deshalb darauf, dass im Abgeordnetenhaus nur Fragen verhandelt werden, die Berlin unmittelbar betreffen. Städtepartnerschaften dienen dem Austausch der Zivilgesellschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Jugend und den Kommunen – gerade dann, wenn politische Konflikte Verständigung besonders nötig machen. Die Städtepartnerschaft Berlin–Tel Aviv–Yafo bauen wir aus; weitere Städtepartnerschaften werden wir prüfen. Unsere Sicherheitsbehörden werden illegale Finanzierung extremistischer und antisemitischer Strukturen auch weiterhin mit aller Härte bekämpfen.

7. Gemeinsame Verantwortung

Für die oben aufgeführten gemeinsamen Grundsätze stehen wir als Parteien und Fraktionen ein. Bei Verstößen gegen diese Grundsätze beschließen die Fraktionen jeweils eigene Verfahren. Die Regularien der drei Parteien und Fraktionen sehen entsprechende Konsequenzen bis hin zum Ausschluss von Mitgliedern vor. In solchen Fällen informiert die betroffene Fraktion die Koalitionspartner. Über die Konsequenzen entscheidet sie in eigener Verantwortung und kommuniziert ihre Entscheidung transparent.

Antisemitische Vorfälle in den Reihen der Koalitionsfraktionen bearbeiten wir gemeinsam. Auf Wunsch von mindestens einer/einem der PGF der die Regierung tragenden Fraktionen, berufen die drei PGF für eine fachliche Einordnung des Vorfalls ein Gremium aus drei Expert*innen mit besonderer Kompetenz aus der Berliner Stadtgesellschaft ein. Dieses bewertet den Vorfall. Die drei Expert*innen werden vor Beschluss des Koalitionsvertrags konsensual benannt. Auf Grundlage dieser Bewertung entscheidet die betroffene Fraktion gemäß ihrer Satzung über Konsequenzen bis hin zum Ausschluss. Wir fördern nur Veranstaltungen, Organisationen und Kooperationen, die Verständigung und friedliches Zusammenleben stärken. Eine Zusammenarbeit mit Organisationen und Akteure, die Antisemitismus verbreiten, Gewalt verherrlichen oder die Gewaltspirale weiter antreiben, schließen wir hingegen entschieden aus. Das gilt auch für gemeinsame öffentliche Auftritte.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

8. Berlin zusammenführen

Berlin ist Stadt der Vielfalt. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen, Kulturen und Lebensweisen prägen unsere Stadt. Hier leben die meisten Jüdinnen und Juden Deutschlands; Berlin ist Heimat der größten jüdischen Gemeinde des Landes und der größten palästinensischen Community Europas. Jüdisches, muslimisches und palästinensisches Leben sind selbstverständlicher Teil Berlins. Wir stehen im regelmäßigen Austausch mit jüdischen und muslimischen Organisationen und nehmen ihre Erwartungen und Perspektiven ernst. Auch bei ungelösten Konflikten der Gegenwart wollen wir Vertrauen schaffen, die Erinnerung wachhalten und eine gemeinsame Zukunft gestalten.

Wir streben an, die Berliner Verfassung, orientiert an dem Beispiel Brandenburgs, zu erweitern und den Schutz vor Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufzunehmen. Dazu werden wir dem Abgeordnetenhaus einen Vorschlag vorlegen.

Berlin, 8. Oktober

Die Linke Landesverband Berlin | BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN | SPD BERLIN

Vom »Recht auf Wohnen« (2)

Statement des Hamburger Netzwerks Recht auf Stadt

Wir setzen hier die Wiedergabe eines umfangreichen Statements des »Netzwerks Recht auf Stadt« zur hamburgischen Wohnungspolitik fort, dessen ersten Teil wir in der Oktober-Ausgabe des »Bürger*innenbriefes« berücksichtigt hatten. Das komplette Dokument findet sich auf der Homepage. Die Arbeit an diesem Diskussionspapier geht laufend weiter, wer am ganz aktuellen Stand einzelner Einschätzungen und Forderungen interessiert ist, schaut auf der Website nach.

6. SAGA zu zentralem Instrument der sozialen Wohnraumversorgung machen

Mit der SAGA ist zwar ein sehr großer wohnungspolitischer Akteur mit 140.000 Wohnungen im städtischen Besitz, jedoch agiert dieses Unternehmen ähnlich wie andere profitorientierte Unternehmen und wird von der Stadt gezwungen Profite zu erwirtschaften, die an den allgemeinen Haushalt abgeführt werden (Rekordgewinn von 283 Millionen Euro in 2024). Damit unterliegen die SAGA-Mieter*innen, die eher zur unteren Einkommenshälfte in Hamburg gehören, faktisch einer Sondersteuer.

Die SAGA trägt zwar weit mehr als andere Unternehmen zur Wohnungsversorgung armer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen bei, jedoch für ein kommunales Unternehmen bei Weitem nicht im nötigen und möglichen Ausmaß. Die SAGA erhöht die Mieten regelmäßig und wirkt damit in ganz Hamburg mietpreistreibend. Immer wieder erscheinen Berichte über katastrophale Zustände der Wohnungen, bei denen die Mangelbeseitigung hinausgezögert wird und die Mieter*innen in unwürdigen Zuständen wohnen müssen. Auch die durch die SAGA an vordringlich Wohnungssuchende vermieteten Wohnungen sind teilweise in katastrophalen Zuständen (ohne Bodenbelag und Küche). Als städtisches Unternehmen sollte die SAGA eine Vorreiterrolle als Vermieterin einnehmen.

Wir fordern:

- Die SAGA muss sich zu einem mieter*innenorientierten und günstige Wohnungsbestände pflegenden Unternehmen entwickeln.
- Die Überschüsse der SAGA gehen vollständig in die Schaffung von neuem und den Erhalt von altem Wohnraum ein.
- Die Mieten sind günstig und so zu gestalten, dass sie die Mieten insgesamt dämpfen, einschließlich einer den Mietenspiegel drückenden Wirkung.
- Die SAGA wird zu einem zentralen Instrument der sozialen Wohnraumversorgung mit dem Auftrag, besonders Benachteiligte auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen, umgebaut. Dies schließt eine diskriminierungsfreie Vermietungspraxis ein.
- Die SAGA wird in ein gemeinwohlorientiertes Unternehmen umgewandelt (etwa wie eine Stiftung oder ähnliche Rechtsform).
- Die SAGA entwickelt eine soziale Mieter*innenberatung.
- Jede zweite Neuvermietung der SAGA geht an anerkannt vordringlich Wohnungssuchende, darunter jährlich mindestens 2.000 Wohnungen an wohnungslose Haushalte.

7. Wohnungslosigkeit überwinden

Hamburg ist die Hauptstadt der Wohnungslosigkeit – in keiner anderen Großstadt gibt es bezogen auf die Bevölkerungszahl so viele Menschen ohne Wohnung wie hier. Ein Bericht der Bundesregierung (2025) nennt die genau ermittelten Zahlen: 32.410 in Unterkünften untergebrachte wohnungslose Menschen, 3.787 ohne Unterkunft auf der Straße (»Obdachlose«), 1.685 Menschen leben verdeckt wohnungslos (»Couchsurfer«). Insgesamt gibt es etwa 38.000 Menschen ohne Wohnung in Hamburg (wohnungslose und geflüchtete) – das sind rund 2 Prozent der Bevölkerung – etwa so viel wie fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wir unterstützen das von der EU, der Bundesregierung sowie dem Hamburger Senat formulierte Ziel, bis 2030 die Wohnungslosigkeit zu beseitigen. Die Maßnahmen des Senats im Neubau für wohnungslose Haushalte, bei den Maßnahmen

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

zur Verbesserung der Versorgung von Wohnungsnotfällen, dem Bereitstellen von Grundstücken für bauwillige soziale Träger, dem Ausbau sozialer Hilfen für Menschen ohne Wohnung u. a. sind leider völlig unzureichend, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen.

Wir fordern:

- Die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit muss in Hamburg höchste Priorität erhalten.
- Bereitstellung von Kontingenten für die Versorgung von wohnungslosen Haushalten im Neubau.
- Vorrang von wohnungslosen Haushalten bei der Vermittlung in Wohnraum.
- Jede zweite Sozialwohnung an anerkannt vordringlich wohnungssuchende Haushalte.
- Stärkung der Prävention von Wohnungsverlusten – Aussetzen aller Wohnungsräumungen.
- Bedarfsgerechter Ausbau sozialer Hilfen für wohnungslose und ehemals wohnungslose Menschen – insbesondere auch von »Housing First«.
- Aufbau einer sozialen Wohnraumagentur (Organisation, die Wohnraum akquiriert, baut und verwaltet, diesen ausschließlich an wohnungslose Haushalte vermietet sowie sozialarbeiterische Unterstützung vermittelt bzw. selbst anbietet).

8. Für einen Wandel der Bodenpolitik

Grund und Boden ist endlich. Boden lässt sich zwar von seiner Nutzung her verändern, er lässt sich aber nicht vermehren – und ist deshalb in der historisch gewachsenen Stadt kostbar und teuer. Ein marktgesteuerter Umgang mit Boden, bei dem letztendlich der höchste Preis ausschlaggebend für die Verteilung der Nutzungen ist, legt der Stadtentwicklung eine Profitlogik zu Grunde, die eine unendliche Spirale der Verdrängung nach sich zieht und genau diejenigen finanzstarken Akteure bevorzugt, die für die Misere auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich sind. Infolge ständig steigender Bodenpreise fällt es inzwischen selbst wohlhabenderen/finanzstarken Kommunen wie Hamburg schwer, Grundstücke für die öffentliche Daseinsvorsorge zu angemessenen Preisen zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Neben der Verödung sozialer Bedürfnisse erstickt die fortlaufende Versiegelung der Böden zudem die wenigen noch vorhandenen lebendigen und dringend benötigten Grünflächen in dicht besiedelten Quartieren.

Profitorientierte Bodennutzungen müssen zurückgedrängt werden. Ein wichtiger Ausgangspunkt dafür ist der Erfolg der Initiative »Keine Profite mit Boden und Miete«, die erreicht hat, das städtische Grundstücke grundsätzlich nicht mehr verkauft, sondern im Erbbaurecht vergeben werden sollen und dass ein neuer Förderweg mit bis zu 100-jähriger Bindung eingerichtet wurde. Auf dieser Basis muss Bodenpolitik weiterentwickelt werden.

Wir fordern:

- Eine neue, soziale Bodenpolitik, die darauf abzielt, Grund und Boden in Gemeingut zu verwandeln. Boden muss in den Händen der Kommunen erhalten und nach solchen Kriterien zur Nutzung vergeben werden, dass Genossenschaften, Wohnprojekte, Stiftungen und andere gemeinwohlorientierte Unternehmen die Chance bekommen, die Stadt gemeinsam mit der Kommune zu gestalten.
- Die Grundstücksvergabe im Erbbaurecht und nach Nutzungskonzept sollte dahingehend ausgebaut werden, dass soziale und ökologische Kriterien maßgeblich sind und keine Ausnahmen von diesem Verfahren stattfinden.
- Eine Stärkung des städtischen Vorkaufsrechts, um Grund und Boden zu kommunalisieren und der Immobilienspekulation und Profitmaximierung zu entziehen.
- Enteignung von nicht-gemeinwohlorientiert genutzten Grundstücken muss als Mittel der Politik in Betracht gezogen werden.
- Share Deals, bei denen offiziell nicht Grundstücke, sondern Anteile an Firmen bzw. Projektgesellschaften verkauft, werden dürfen vom Vorkaufsrecht nicht ausgenommen werden.
- Bodenwertsteigerungen, insbesondere solche, die durch Planungsentscheidungen (Baurecht) oder kommunale Investitionen entstehen, sollten vollständig steuerlich abgeschöpft werden.
- Einen Bodenpreisdeckel, da Grundstückspreise einen erheblichen Teil der Kosten des Wohnungsbaus ausmachen.

9. Für eine gemeinwohlorientierte klimataugliche Wohnqualität

Der Gebäude- und Wohnsektor ist mit rund 40 % der CO_2-Emissionen einer der Haupttreiber der Klimakrise. Dabei produziert insbesondere der Abriss und Wohnungsneubau unter bisherigen Verfahren wie die stark betongebundene Massivbauweise einen hohen Verbrauch an CO_2. Wenn auch Wohnungsneubau zwingend notwendig ist, müssen die aus Kostengründen verwendeten Methoden überdacht werden.

Modernisierungen im Bestand sind ökologisch sinnvoller als Abriss und Neubau, aber nicht in jedem Fall umsetzbar. In der Regel ziehen Modernisierungen bisher deutliche Mietsteigerungen nach sich. Hitzewellen und Starkregen treffen vor allem dicht bebaute, versiegelte Quartiere und sind damit auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Klimaschutz wird gegen soziale Interessen gesetzt, führt zu Mieterhöhungen und damit zur Verdrängung. Steigende Heiz- und Energiepreise sind durch die Mieter*innen zu begleichen, obwohl Solarenergie und der Einsatz von Wärmepumpen oft Kosteneinsparungen ermöglichen.

Wir fordern:

- Eine klimataugliche und soziale Wohnungspolitik, die ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität verbindet: Mehr Grün, entsiegelte Flächen, Gründächer und Regenwassernutzung können Hitze und Starkregenfolgen mindern und Gesundheit und Aufenthaltsqualität verbessern.
- Die energetische Modernisierung des Bestands mit erneuerbaren Energien und nachhaltigen Baustoffen muss sozial abgesichert und durch staatliche Zuschüsse mietenneutral umgesetzt werden.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

- Autoarme Quartiere, die Raum für Begegnung und gemeinschaftliches Leben schaffen und Lärm sowie Luftverschmutzung reduzieren.
- Es müssen öffentliche Räume zur Erholung in Hitzeperioden geschaffen und geöffnet werden, z. B. mit Bänken, Schatten, Wasserspendern und ohne Konsumzwang.
- Klimaschutz und bezahlbares Wohnen müssen als gemeinsame Aufgabe verstanden werden.
- Beim Neubau müssen klimagerechte Prinzipien gelten, wie z. B. der Einsatz natürlicher Baustoffe wie Lehm, Holz, Naturstein und anderer nachhaltiger Materialien statt Beton.

10. Für eine gemeinwohlorientierte inklusive Wohnqualität

Der demografische Wandel verschärft die Wohnungskrise zusätzlich: Während die Lebenserwartung und das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigen, fehlt es an barrierefreiem, bezahlbarem Wohnraum und an Wohnformen, die Selbstständigkeit, Pflege und soziale Teilhabe verbinden. Menschen, die altersbedingt oder aus gesundheitlichen Gründen kleinere oder barrierefreie Wohnungen benötigen, können sich einen Umzug häufig nicht leisten oder finden keine passende Wohnung in ihrer gewohnten Umgebung.

Die Menschen müssen unabhängig von Alter, Gesundheit oder körperlichen Einschränkungen gut und selbstbestimmt wohnen können. Der aktuelle Wohnungsbestand ist historisch bedingt nicht ausreichend geeignet für ein Wohnen mit Mobilitätseinschränkungen – in den kommenden Jahren müssen mehrere zehntausend barrierefreie Wohnungen in Hamburg geschaffen werden. Während im Hamburger Neubau durch Förderrichtlinien Barrierefreiheit anteilig vorgesehen ist, muss darüber hinaus großflächig geprüft werden, wie sich Bestandswohnungen barrierefrei und inklusiv umbauen lassen. Mindeststandards für altersgerechtes und inklusives Wohnen müssen stetig neu definiert und eingehalten werden. Um Wohnfläche gerechter zu verteilen, müssen im Neubau veränderbare Grundrisse geschaffen und subventioniert werden, die sich an wechselnde Lebens- und Pflegesituationen anpassen lassen.

Wir fordern:

- Es werden Instrumente entwickelt, die die Tendenz zum steigenden durchschnittlichen Quadratmeter-Wohnkonsum pro Kopf umkehren – dies kann Optionen oder Verpflichtungen zum Wohnungstausch oder Ansätze wie flexible Grundrisse/ später abzutrennende Wohnungen beinhalten.
- Wohnungswechsel müssen ohne finanzielle Nachteile möglich sein, indem der bisherige Quadratmeter-Mietpreis vermieterübergreifend mitgenommen werden kann.
- Es müssen in den Quartieren barrierefreie, gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnformen mit integrierten Unterstützungs- und Pflegeangeboten entstehen.
- Dafür ist Barrierefreiheit als Standard bei jedem Neubau notwendig.
- Förderprogramme für barrierefreie Modernisierungen sind notwendig.
- Umbaumaßnahmen müssen sozial abgesichert werden, d. h. ohne Mieterhöhungen.
- Mindeststandards für altersgerechtes und inklusives Wohnen müssen eingehalten werden.
- Um Wohnflächen gerechter zu verteilen, müssen im Neubau veränderbare Grundrisse geschaffen werden, die sich an wechselnde Lebens- und Pflegesituationen anpassen lassen.

Auch schon früher hatten wir uns im Netzwerk Gedanken zur Wohnungs- und Mietenpolitik gemacht:

Die Fakten (zu den Forderungen aus 2019)

Wie in allen deutschen Ballungsräumen, aber auch in mittelgroßen Universitätsstädten ist die Wohnungssituation auch in Hamburg dramatisch. Hier sind einige Zahlen dazu:

- Aktuell fehlen 150.000 günstige Wohnungen in Hamburg. [Studie der Hans-Böckler-Stiftung]
- Von 2005 bis 2017 ist Durchschnittsmiete um 30 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum betrug die Inflationsrate knapp 17 Prozent. Das heißt, die Mieten stiegen doppelt so schnell wie die Verbraucher*innenpreise. [BürgerInnenbrief 19.12.2017]
- Bei Neuvermietungen sind die Mieten von 2006 bis 2017 sogar um 50 %gestiegen. [Untersuchung des Ohmoor-Gymnasiums]
- Bei der SAGA sind die Mieten im gleichen Zeitraum sogar um 32 Prozent gestiegen [Große Anfrage DIE LINKE]
- Wohnungen mit einer Nettokaltmiete unter 6 Euro/qm haben sich von 2011 bis 2017 um zwei Drittel reduziert! Auch Wohnungen unter 6,50 Euro/qm sind um die Hälfte gesunken! [Kleine Anfrage DIE LINKE]

Schon jetzt gibt jeder fünfte Haushalt mehr als 40 Prozent seines Nettoeinkommens für die Miete aus.

Während Arme 40 % des Einkommens für ihre Bruttokaltmiete aufbringen müssen, sind es bei den Reichen nur rund 17 % des Einkommens.

Laut einer @ZEIT_HH-Umfrage machen sich sieben von zehn Hamburgern große oder sehr große Sorgen, dass sie sich persönlich das Leben in ihrer Stadt in Zukunft nicht mehr leisten können.

Es gibt immer weniger Sozialwohnungen. 1975 waren es noch 400.000, 1993 noch gut 210.000, 2019 sind wir bei knapp 80.000. Die Prognosen sehen ein weiteres Abschmelzen bis 2030 auf 60.000 Sozialwohnungen!

Die SPD-Senate seit 2011 haben sich gebrüstet, mit dem sogenannten Drittelmix im Wohnungsneubau die Lage auf dem Wohnungsmarkt entspannt zu haben. Bürgermeister Tschentscher sieht Hamburg gar als Vorreiter einer guten Wohnungspolitik. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache (Tabelle im Netz): Ja, im Wohnungsbau-Programm der SPD-geführten Senate sind von 2011 bis 2017 gut 40.000 neue Wohnungen ge-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

baut worden. Gleichzeitig hat die Zahl der Sozialwohnungen jedoch um über 20.000 Wohnungen oder 21,3 % abgenommen! Das bedeutet: Obwohl im Drittelmix jährlich ein Drittel der neugebauten Wohnungen geförderte, also Sozialwohnungen waren, konnte dieser Neubau nicht verhindern, dass bei sehr vielen Sozialwohnungen die Sozialbindung (nach 15 Jahren) auslief.

Das Hamburger Wohnungsbauprogramm hat also für Sozialwohnungen gar nichts gebracht. Es als eine moderne, vorbildliche Wohnungspolitik hinzustellen, ist freundlich gesagt Augenwischerei.

Die Forderungen von Recht auf Stadt Hamburg

Unsere Hauptforderungen 2019:

1. Hamburg braucht einen kommunalen Mietendeckel. Die bisherigen Instrumente, um die Mietensteigerungen einzudämmen, haben versagt.
2. Städtische Grundstücke und Wohnungen dürfen von der Stadt nicht mehr verkauft werden.
3. Sozialwohnungen bzw. geförderte Wohnungen sollen eine unbefristete Mietpreisbindung (Sozialbindung) haben. Das Auslaufen der Sozialbindung nach 15 Jahren muss ein Ende haben.
4. Hamburg muss sehr viel mehr Sozialwohnungen mit unbefristeter Sozialbindung bauen als bisher. Der Drittel-Mix kann das nicht leisten.
5. Die Wohnungen großer Immobilienkonzerne müssen enteignet werden, um einen Mietenwahnsinn à la Akelius ein für alle Mal zu stoppen.
6. Die Stadt muss ihr Vorkaufsrecht konsequent ausüben, so wie 2018 zum ersten Mal in der Hein-Hoyer-Straße geschehen. Zum Vergleich: Die Stadt Berlin hat ihr Vorkaufsrecht in den letzten Jahren bereits rund 800 Mal wahrgenommen. Diesem Beispiel muss Hamburg folgen.
7. Die Modernisierungsumlage muss abgeschafft werden. Sie ist einer der Gründe für die Mietenexplosion der letzten Jahre.
8. Der Mietenspiegel muss reformiert werden: Alle Bestandsmieten müssen in seine Berechnung einfließen, nicht nur die Mieten aus Neuvermietungen. Nur dann ist er nicht länger ein »Mieterhöhungsspiegel«, der die Mieten weiter hochtreibt.

VSA: Bücher zum Vertiefen & Weiterlesen!



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!
Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen
Fakten, Hintergründe, Vorschläge
176 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-249-3



Dieter Klein
Hoffnung in dunklen Zeiten
Auf der Suche nach einer Großen humanistischen sozialistischen Erzählung
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-283-7



U. Bochum / J. Butler / K. Kohlmeyer / S. Odenwald
Berlin: l(i)ebenswert, innovativ, rebellisch
Die wachsende Stadt muss für alle bezahlbar gemacht werden
228 Seiten | € 14.00
ISBN 978-3-96488-271-4



ABC zu Menschen, die Linke kennen sollten
Von Wolfgang Abendroth über Otto Brenner, Angela Davis und Mikis Theodorakis bis Clara Zetkin. Vorgestellt von Hartmut Meine
144 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-279-0



Clara Zetkin
Der deutsche Stalinismus
Eine politische Abrechnung in zwei Briefen, herausgegeben von Jörn Schütrumpf
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-96488-280-6

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter **www.vsa-verlag.de**

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kulturtipp

»Hamburgs Jüdische Geschichte

Von Michael Joho



Plakat zur Ausstellung »Menschen & Orte. Hamburgs jüdische Geschichte«, mit Porträtfotos von Sylvin Rubinstein, Salomon Heine, Peggy Parnass, Gertrud Bing und Gretchen Wohlwill

Vor wenigen Tagen ist im Altonaer Museum (Museumsstraße 23) eine neue Ausstellung angelaufen, in einer Zeit, in der das Thema Antisemitismus in seiner ganzen Bedrohlichkeit wieder verstärkt in den Fokus geraten ist. Die so wichtige Exposition trägt den Titel »Menschen & Orte. Hamburgs jüdische Geschichte«. Gezeigt werden diverse Gegenstände und Dokumente, Bilder und Fotos aus der reichhaltigen Historie Hamburger Jüdinnen und Juden, die nunmehr über vier Jahrhunderte währt. »Die Ausstellung blickt auf Hamburg durch das Prisma der Geschichte und will die Vielfalt jüdischer Gemeinschaften, Generationen und Erfahrungen und Herkünfte und die oft komplexen Beziehungen zu unterschiedlichen Umgebungen sichtbar machen«, lässt uns die Kuratorin Susanne Wernsing wissen. »Im Zentrum der Ausstellung stehen Fragen nach der Entstehung und Zuschreibung von Identitäten, nach Zugehörigkeit und Ausgrenzung sowie danach, wie jüdische Lebensrealitäten in Geschichte und Gegenwart durch politische, soziale und kulturelle Kontexte geprägt wurden.«



Ausstellungsexponat: Thora-Mantel mit hebräischer Inschrift, 1872

Eine lesenswerte Besprechung der Ausstellung lieferte »Die Welt« gleich nach ihrer Eröffnung. Ein »konzentrierter Blick aus jüdischer Perspektive« sei das, wobei die Thematisierung zwischenmenschlicher Beziehungen und Begegnungen im Mittelpunkt ständen. In die Ausstellung gehen auch 15 Interviews ein, in der Zeitzeug*innen von dem oftmals erlebten Widerspruch zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit berichten. Natürlich geht es auch um die Shoah, die Auswanderung von mehr als 10.000 Hamburger Jüdinnen und Juden, den an ihnen begangenen Eigentumsraub und nicht zuletzt die Überlegungen zu einem eigenständigen Jüdischen Museum in und für unsere Stadt. Wer sich da ein genaueres Bild machen möchte, schaut in den Online-Artikel des »Hamburger Abendblatts« vom 11. November.

Die jetzt eröffnete und bis zum 11. Juli 2027 laufende Ausstellung ergänzt die seit Anfang 2026 im Altonaer Museum gezeigte Dauerpräsentation »Wegmarken jüdischer Geschichte«. Und natürlich wird die neue Sonderausstellung von einem umfangreichen Rahmenprogramm flankiert, es gibt einen eigens erstellten, 312-seitigen Katalog zum Preis von 20 Euro und das Angebot einer einstündigen Führung. Mehr dazu hier.



Titel des Ausstellungskatalogs

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg